

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwalder Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheinung: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilhelm Probst, Schierstein.

Telefon Nr. 584

Fernruf Nr. 584.

Nr. 42.

Donnerstag, den 8. April 1920.

28. Jahrgang

Bekanntmachungen.

Oberer Leitung der Alliierten Besatzungs-
truppen im Rheingebiet.

Generalstab — 2. Bureau.

Hauptquartier, den 6. April 1920.

An die Bevölkerung!

Die Berliner Regierung hat, unter dem Druck der
Militärpartei, eine plötzliche Offensive der Reichswehr
gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes angeordnet.
Dadurch hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten
Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt.

Im Laufe der bis heute währenden Verhandlungen
war die franz. Regierung stets bemüht, die deutsche Re-
gierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit
einer Vorwarnung hätte vermieden werden können, abzu-
halten.

Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in
das Ruhrgebiet eingerückt.

Die Regierung der franz. Republik sieht sich daher
gezwungen, sich ein Pfand zu sichern, damit die Berliner
Regierung ihrer Unterzeichnung nachkomme.

Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte
Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Wiesbaden
sowie zu besetzen.

In diesem Augenblick habe ich für notwendig zu
erkennen, daß diese Besetzung keine feindselige Handlung
gegen die arbeitssame Bevölkerung dieses Gebietes be-
deutet.

Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des
Vertrages zu sichern und wird aufhören, sobald die
Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig geräumt
haben.

Der Oberkommandierende General der Alliierten
Besatzungstruppen. gez. Degoutte.

Für gleichlautende Abschrift:

Der Generalkommandant: gez. General Michel.

Oberer Leitung der Alliierten
Besatzungstruppen im Rheingebiet
Generalstab.

2. Bureau — Nr. ...

Befehl!

Hauptquartier, den 6. April 1920.

Die französischen Truppen stellen sich nicht als Er-
oberungs-, sondern als Besatzungstruppen vor.

Kein Eingriff in jemand's Rechte oder Eigentum wird
ausgeführt, vorausgesetzt, daß in dem neuen besetzten Gebiete
vollständige Ordnung herrsche.

Um diese Ordnung zu bewahren, hat der Ober-
kommandierende General der Rheinarmee folgende Be-
stimmungen beschlossen:

A. In den Kreisen: Frankfurt, Darmstadt, Offenbach
Hochst, Rüsselsheim, Dieburg.

1. Der Belagerungszustand ist proklamiert.

2. Sämtliche deutschen Behörden, sowie, sämtliches
Personal der öffentlichen Dienste, werden ihre Beschäftigung
unter Kontrolle der französischen Behörde fortzuführen. Das
Personal bleibt am Platz; das Material darf weder zer-
stört, noch verbracht werden. Keine Streikbewegung wird
geduldet.

3. Vorläufig ist der Verkehr zwischen 9 Uhr Abends
und 5 Uhr Morgens untersagt. Jede Person, die nicht
der Armee angehört und welche in der verbotenen Zeit
getroffen wird, wird verhaftet. Der Verkehr, zwischen dem
neu besetzten Gebiete und Deutschland ist im Allgemeinen

verboten; jedoch werden Ausweise durch Gemeindebehörden
mit militärischem Visa ausgegeben und zwar: um den Ver-
kehr der Verproviantierung beauftragten Personen und
Lebensmitteln zu Transporte zu ermöglichen.

4. Jede Ansammlung auf der Straße von mehr als
fünf Personen ist verboten. Ohne vorherige Erlaubnis darf
keine öffentliche oder private Versammlung stattfinden.

5. Das Erscheinen der Zeitungen ist vorläufig ein-
gestellt. Der Telephon- und Telegraphengebrauch benötigt
das vorherige Visa der Militärbehörde. Vorläufig ist die
Korrespondenzzensur hergestellt. Alle drahtlose Ein-
richtungen sind sofort der Militärbehörde zu melden. Der
Besitz und die Benutzung von Briefkästen sind untersagt.

6. Feuerwaffen irgendwelcher Art und Granaten, die
im Besitz von Privatpersonen oder die auf Lager geblieben
sind, müssen spätestens sechs Stunden nach dieser Verordnung
auf dem Stadthaus abgegeben werden. Es wird nur der
gesetzlichen Polizei gestattet (mit Ausnahme der Sicherheits-
wehr) ihre Waffen zu bewahren (1 Revolver und 1 Säbel
pro Schutzmann).

Nach der obigen Frist, wird jede Person, welche im
Besitz einer Schusswaffe ist, verhaftet.

B. In den Kreisen: Groß-Geran, Langenschwalbach,
Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land (mit Ausnahme von
Dieblich).

1. Der Belagerungszustand ist proklamiert.

2. Sämtliche deutschen Behörden, sowie, sämtliches
Personal der öffentlichen Dienste, werden ihre Beschäftigungen
unter Kontrolle der französischen Behörde fortzuführen. Das
Personal bleibt am Platz; das Material darf weder zer-
stört, noch verbracht werden. Keine Streikbewegung wird
erlaubt.

3. Rundgebungen aller Art auf der Straße sind unter-
sagt. Ebenso sind die öffentlichen oder privaten Versammlungen
ohne vorherige Erlaubnis verboten.

4. Der Post-Telegraph und Telephon-Gebrauch ist der
französischen Kontrolle unterworfen.

C. Vorliegende Verordnung tritt sofort nach ihrer Ver-
öffentlichung in Kraft.

Vorgehen aller Art gegen die Strafgesetze oder gegen
die vorliegende Verordnung werden vom Kriegsgericht ver-
urteilt.

Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee rechnet darauf,
daß die amtliche Behörde, sowie die Zivilbevölkerung, die
Notwendigkeit der obigen genannten Maßnahmen, verstehen
werden und daß keine Gewalttätigkeiten begangen werden.

Der Oberkommandierende General der Alliierten

Besatzungstruppen: gez. Degoutte.

Für gleichlautende Abschrift:

Der Generalkommandant: gez. Michel.

Die Besetzung Frankfurts.

Blutiger Zusammenstoß an der Hauptwache.

Die Volkseindringlinge führten Mittwoch nachmittag
kurz nach 2 Uhr zu einem Zusammenstoß an der Haupt-
wache. Eine dichte Menschenmenge belagert seit etwa 1
Uhr den von den Marokkanern besetzten Schillerplatz und
gab ihren Gefühlen über den angeblich bevorstehenden Ab-
zug der Franzosen Ausdruck. Aus bisher nicht aufgeklärten
Ursachen gaben die Truppen eine Anzahl Schüsse auf die
Menge ab. Mehrere Personen stürzten tot zu Boden, eine
Anzahl wurde verletzt. Die Reinigungswache wurde sofort
alarmiert und schaffte die Opfer in mehreren Wagen fort.
Die Salven bewirkten, daß für einen Augenblick Ruhe ein-
trat. Doch schon nach wenigen Minuten umringte wiederum
eine undurchdringliche Menschenmenge den Platz und er-
goss sich in Verwünschungen. Inzwischen erschien Polizei-
präsident Ehrler und ließ sich von den Offizieren die Einzel-
heiten erläutern. Als Herr Ehrler mit einem französischen
Offizier sein Auto besteigen wollte, drängte die Menge an
den Wagen heran, dem noch Steine und dergleichen nach-
geworfen wurden. Inzwischen hatte man in den verschiedenen

Kasernen die französischen Truppen alarmiert, die in dichten
Lagen anrückten und die Hauptwache besetzten. Panzer-
autos fuhrten unmittelbar vor der Hauptwache auf.
Maschinengewehre wurden an den Straßenecken aufmontiert.
Doch unbekümmert um die Todesgefahr durchwogte die
Menge die Straße von der Hauptwache bis vor den Frank-
furter Hof. Auch vor dem Hauptbahnhof spielten sich er-
regte Szenen zwischen dem Publikum und den Truppen ab.
Doch konnte hier Blutvergießen verhindert werden. Einige
Zivilisten wurden verhaftet und der Gulleutafel zugeführt.
Von 2 Uhr versahen auch zahlreiche Hilfskräfte mit um-
gehängten Gewehren im Verein mit den Franzosen den
Sicherheitsdienst.

Nach Mitteilungen der Reinigungswache sind bei den
Zusammenstößen 6 Personen getötet und 35 verwundet
worden. An den Hauptverkehrspunkten wurden verstärkte
Wachen aufgestellt, auch das Volkshausgebäude bekam
eine Wache, blieb aber für den Verkehr frei.

Ein unwahres Gerücht.

Zu dem Gerücht, die Franzosen räumten seit gestern
nachmittag zwei Uhr Frankfurt, und zwar auf Grund
eines amerikanischen Ultimatus, erzählt die „Köln. Ztg.“
an amtlicher Stelle in Berlin, daß von einer solchen
Räumung hier nichts bekannt ist. Man hat im Gegenteil
noch gestern am späten Nachmittag aus Frankfurt er-
fahren, daß dort für weitere hundert Generalstabs-
offiziere Quartiere gefordert worden sind, was unzweifelhaft
auf eine Verstärkung der Besatzungstruppen schließen
läßt, aber nicht auf eine Räumung der Stadt.

Eine Note Wilsons.

Berlin, 7. April. Wie die „Vossische Zeitung“
aus Kopenhagen meldet, hat Wilson an den Obersten
Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahr auf-
merksam macht, die Frankreichs eigenmächtiges Vorgehen
für den Block der Alliierten und für die Lage in Europa
bedeutet.

Die Auffassung der Alliierten.

Amsterdam, 7. April. Aus Paris melden
holländische Blätter, daß die Haltung der Bundesgenossen
Frankreichs gegenüber dem Vorrücken der französischen
Truppen noch nicht geklärt sei. Die Berichte aus Italien
seien nicht sehr günstig. Die italienische Regierung solle
die französische Regierung bereits haben wissen lassen,
daß sie Versöhnungsversuche lieber gesehen hätte als
militärische Maßnahmen. Die Berichte aus Washington
seien ebenfalls wenig befriedigend. Auf direkte Unter-
stützung Amerikas habe Frankreich in keinem Falle zu
rechnen. Sogar von der belgischen Regierung erwarte
man nicht, daß sie vorbehaltlos den Beschlüssen Frankreichs
zustimmen werde.

Zur Auffassung in England schreibt der diplomatische
Beichtatter des Evening „Standard“: Die Besetzung
Frankfurts und Darmstadts durch die Franzosen hat eine
ernste Lage geschaffen, die in hohen diplomatischen Kreisen
viel Sorge weckt. Die amerikanische Regierung wird in
deutlichen und energiegelassen Worten gegen das Auftreten
Frankreichs Einspruch erheben. Ein hoher Diplomat, der
mit der Lage in Berlin gut bekannt ist, erklärte, die
Maßnahmen Frankreichs würden die kriegsgefährlichen Ele-
mente in Deutschland demnach beeinflussen können, daß
dadurch eine große Gefahr für Frankreich entstehe.

Die Vorgeschichte.

Das bz-Büro verbreitet über die Vorgeschichte der
Verhandlungen zwischen Berlin und Paris folgendes:

Die deutsche Regierung ließ am 2. April in Paris
die folgende Note übergeben, die auch den Geschäftsträ-
gern in den anderen alliierten Ländern zur Übermittlung
an die betreffenden Regierungen überandt wurde, wie
überhaupt während der ganzen Zeit, sowohl in den alliierten
Hauptstädten wie auch hier an die fremden Geschäftsträ-
ger, von dem Reichskanzler die genauesten Informationen
über den Fortgang der Ruhrangelegenheiten gegeben wor-
den ist:

Die ersten Nachrichten, die über den Ausbruch blutiger
Kämpfe im rheinisch-westfälischen Gebiet Mitte März
hier vorlagen, haben die deutsche Regierung bereits da-
mals veranlaßt, die alliierten Regierungen um ihre Zu-
stimmung zur vorübergehenden Entsendung beschränkter
Truppenmengen in das bedrohte, innerhalb der 50-Kilo-
meter Zone liegende Gebiet unter gleichzeitigem Anerkennen
von Garantien für die rechtzeitige Herausziehung dieser
Kräfte zu bitten.

Von Seiten der französischen Regierung ist darauf erwidert worden, daß sie ihrerseits dem deutschen Wunsche nur entsprechen könne, wenn alliierte Truppen die Städte

Strasbourg, Nancy, Pontarlier, Verdun und Tarnstadt solange und in gleicher Stärke besetzen dürften, als deutsche Truppen über das bisher zugelaufene Maß sich im Ruhrgebiet befänden.

Die deutsche Regierung hat sich unter Zurücksetzung der schweren Bedenken, die einer weiteren Befestigung deutscher Landesteile entgegenstehen, bereit erklärt, einem Einmarsch alliierter Truppen in die bezeichneten Orte für den Fall zuzustimmen, daß die über das bereits bisher verordnete Maß im Ruhrgebiet befindlichen Truppen das 50 Kilometer-Gebiet innerhalb einer bestimmten, von den alliierten Regierungen festzusetzenden Frist nicht verlassen hätten. Aus den Verhandlungen, die hierüber von den deutschen Vertretern mit den Alliierten geführt wurden, ging hervor, daß die alliierten Regierungen sich mit diesem Vorschlage grundsätzlich einverstanden erklärten. Nicht nur die britische Regierung, sondern auch der französische Ministerpräsident hatte den deutschen Vertretern entsprechende Erklärungen abgegeben, so daß die deutsche Regierung hoffen konnte, binnen kürzester Frist auch die zur Herstellung eines Einverständnisses nötigen Formalitäten festzusetzen.

Neuerdings hat es dann die französische Regierung noch als notwendig bezeichnet, den Nachweis dafür zu erbringen, daß in der Tat ohne Einmarsch von Truppen die Ruhe in der 50-Kilometer-Zone nicht aufrechtzuerhalten sei. Nach den im höchsten Grade beunruhigenden Nachrichten, die seitdem unablässig der deutschen Regierung zugegangen sind und noch zugehen, läßt sich leider nicht mehr daran zweifeln, daß die alsbaldige Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ohne vorübergehendes Eingreifen militärischer Kräfte unmöglich ist. Die Lage hat sich, wie sie stündlich eintreffenden dringenden Hilferufe beweisen, in einer Weise zuspitzen, daß heute nicht nur das Wohl und Wehe der Bewohner jener Landesteile auf das Spiel gesetzt, sondern auch der Bestand des ganzen Wirtschaftslebens in Deutschland schwer bedroht ist. Kommunisten und Rob haben das gesamte öffentliche Leben unter maßlosem Terror gehalten, wahllos Requisitionen und Plünderungen vorgenommen, die Tätigkeit der Staatsorgane abgelehnt und Leben und Sicherheit bedroht.

Die Verhältnisse haben sich dahin entwickelt, daß es zum Stillstand der industriellen Erzeugung, insbesondere der Kohlenförderung und der Hochöfenbetriebe und zur Einstellung des Eisenbahnverkehrs kommen muß. Damit wäre die Aufrechterhaltung des gewerblichen Lebens und die geordnete Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht nur im Gebiete der Unruhe, sondern in ganz Deutschland gefährdet. Eine Leistung, durch die die Dinge einigermaßen in geregelte Bahnen hätte geführt werden können, besteht nicht mehr. Zwar haben sich die neugebildeten Volks- und Zentralräte zu Abmachungen verstanden, die den Abbruch des Generalstreiks und die Herstellung der Ruhe und Ordnung bezwecken. Diese Abmachungen sind aber ausschließlich wertlos, weil die auf ausländischer Seite Beteiligten, die sie abgeschlossen haben, nicht mehr die Macht haben, um sie durchzuführen.

Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in eingehenden Ausführungen den alliierten Regierungen von diesem Stande der Dinge Kenntnis gegeben und glaubt räumen zu müssen, daß die Mitteilung, die sie auf Grund ihrer neuesten Feststellungen gemacht hat, den Nachweis erbracht zu haben, daß eine systematische Herstellung der Ordnung durch Truppen um keine Stunde mehr verzögert werden darf. Die deutsche Regierung ist für Leben und Freiheit ihrer in den bedrohten Bezirken befindlichen Volksgenossen verantwortlich und darf sie nicht im Stich lassen. Sie hat daher geglaubt, die formelle Zustimmung der alliierten Regierungen zu dem Einmarsch deutscher Reichswehrtruppen in die bezeichnete Zone nicht mehr abzuwarten und von vornherein die Truppen nicht weiter aufhalten zu dürfen. Es handelt sich dabei nicht um ein Vorgehen gegen die arbeitende Bevölkerung, deren Vertreter vielmehr selbst dringend um Hilfe gebeten haben, sondern nur um die Bekämpfung anarchistischer Elemente. Die Leitung des inneren Lebens ist dem Reichskommissar Severino übertragen worden.

gen worden

Die deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß die alliierten Regierungen unter diesen Umständen unter Berücksichtigung der deutschen Notlage ihre Zustimmung erteilen werden, um die sie hiermit bittet. Sie wiederholt in eindringlicher Weise ihr schon früher gemachtes Anerbieten, jede denkbare Garantie dafür zu geben, daß die Truppen unverzüglich nach Wiederherstellung der Ordnung zurückgezogen werden. Insbesondere würde sie auch bereit sein, der Entsendung einer interalliierten Kommission zuzustimmen, die sich an Ort und Stelle davon überzeugen könnte, bis wann die Gegenwart der Truppen durch die Verhältnisse gerechtfertigt ist, und der in jeder Beziehung Erleichterungen zur Feststellung der Tatsachen gewährt werden würden.

Die deutsche Regierung hofft, daß sich die alliierten Regierungen der Erkenntnis nicht verschließen werden, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die gebieterisch ein Einschreiten in dem ihrer Verantwortung unterliegenden Gebiet erfordert und in der die Stunde des Zögerns unabänderliches Unheil nach sich ziehen würde. Zugleich glaubt sie aber auch dem Geiste des Friedensvertrages nicht entgegenzuhandeln, dessen hier in Frage kommende Bestimmungen ausgesprochenenmaßen der Sicherung des Weltfriedens dienen und einer zweifellos von jeder aggressiven Tendenz weit entfernten Schutzmaßnahme ihrem Sinn nach nichts entgegenstehen dürfte. Die deutsche Regierung hat nach wie vor den festen Willen ihren Verpflichtungen loyal nachzukommen. Gerade dafür aber bedarf es der schleunigen Wiederherstellung der staatlichen Autorität in einem Gebiet, dessen Ruhe und Ordnung die grundsätzliche Voraussetzung für die Durchführung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages bilden.

Am 2. April abends erneuerte die französische Regierung in Antwortung der deutschen Note ihre Forderungen nach Befestigung der deutschen Städte und sofortige Zurückziehung der im Ruhrgebiet einmarschierten Truppen. Am 3. wies die französische Regierung anläßlich einer an den Präsidenten der Friedenskonferenz gerichteten Mitteilung über das Eindringen von Reichswehrtruppen ins Ruhrgebiet auf die Verletzung des Artikels 44 hin, dessen feierliche Fassung sie ausdrücklich in Erinnerung bringt und schließt mit dem Satz: „Die Entscheidung der französischen Regierung werde ich Ihnen später zur Kenntnis bringen.“

Am 4. April führt die deutsche Regierung den Nachweis, daß die in der 50 Kilometer-Zone befindlichen Truppen an der Kopfszahl den laut Abkommen vom 6. August zugelassenen Umfang nicht übersteigen.

Am 6. April vormittags erfolgte in Paris die Ueberreichung der französischen Note, worin die Befestigung der Städte Frankfurt, Hamburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg angefordert wurde. Wie sich die übrigen alliierten Regierungen zu dem inzwischen erfolgten Einmarsch stellen, ist zurzeit noch unbekannt, da der deutschen Regierung lediglich eine französische Note zugegangen ist. Die Reichsregierung wird sich mit jeder Entschiedenheit gegen das Vorgehen verhalten, das jede Möglichkeit, zwischen Frankreich und Deutschland den modus vivendi zu schaffen, ausschließt und nur auf neue die Kräfte in Deutschland härten muß, die von einer Erfüllung des Friedensvertrages nichts wissen wollen.

Eine neue deutsche Note.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen, der französischen Regierung eine Note zu übermitteln, in der es u. a. heißt: Durch die Note vom 6. d. Mts. hat die französische Regierung mitteilen lassen, daß der kommandierende General der Rheinarmee Befehl erhalten habe sofort die Städte Frankfurt, Hamburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg zu besetzen. Die französische Regierung hat mitgeteilt, daß die Befestigung ihr Ende erreichen werde, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt hätten. Noch bevor die Note übergeben war, ist die Befestigung der bezeichneten Städte tatsächlich erfolgt. Die deutsche Regierung muß gegen das Vorgehen der französischen Armee die schärfste Verwahrung einlegen. Es kann unmöglich die Absicht des Vertrages von Versailles gewesen sein, Deutschland zu verhindern, in einem Teile seines Gebietes die Ordnung, die durch Räuber und Mordbanden

den auf das schlimmste gestört worden ist, so möglich wiederherzustellen. Die deutsche Regierung unverantwortlich gehandelt, wenn sie länger gewartet hätte. Die Ereignisse hätten ihr auch bisher recht gegeben. Da, wo die Truppen angelangt sind, ist die Ordnung rasch zusammengebrochen. Die Befestigung, das Einrücken von Truppen zur Befestigung der öffentlichen Anlagen herbeiführen würde, habe sich nicht bestätigt. Der Gedanke, daß die Entsendung von Truppen in das Ruhrgebiet irgendeiner Art von Frankreich in sich schließen könne, sei auch so, daß er einer Widerlegung nicht bedürfe. Deshalb darf demnach mit vollster Ueberzeugung der Entsendung von Truppen in das Ruhrgebiet zugestimmt werden, daß selbst, wenn eine Verletzung des Friedensvertrages begangen wäre, der dadurch von Frankreich noch nicht gerechtfertigt wäre. Das Vorgehen der französischen Regierung steht in keinem Widerspruch zu der Note der all. und ass. Regierungen vom 8. Dezember v. J. Ueberdies hätte sich aber die deutsche Regierung über grundlegende Bestimmungen der Verträge hinweggesetzt, die einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilden. Die Lösung einerartigen Streitfrage zwischen einem Mitglied und Nichtmitglied des Bundes dürfte zunächst nur im internationalen Schlichtungsverfahren versucht werden. Schluß müsse die deutsche Regierung mit besonderem Druck darauf hinweisen, daß die von der französischen Regierung ergriffenen militärischen Zwangsmaßnahmen weniger die schwersten Folgen in politischer, wirtschaftlicher Beziehung haben werden. Die deutsche Regierung gerad: in letzter Zeit zur Annahme einer Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet bereit zu sein. Was dem deutschen Volke vor allem notat, sei Ruhe. Dann könne sich die Arbeitsleistung heben, daß das Leben und die schweren Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen könne.

Der französische Vormarsch.

Die Zahl der in Frankfurt a. M. einmarschierten Franzosen beträgt 2000. Kommandantur und Präsidium wurden sofort besetzt. Der Polizeihauptmann wurde verhaftet. Starke französische Patrouillen durchziehen die Stadt. Es ist alles ruhig. Die Franzosen sind in ihrer Arbeit nicht behindert, arbeiten jedoch unter Kontrolle der französischen Behörden. Briefkasten, Graphen- und Telephonnetze wurden verhängt. Reichswehr wurde aus Frankfurt abtransportiert. Neubefestigte Städte sowie in den Bezirken Wiesbaden und Land, außer Dieburg, in Königstein, Langenbach, Höchst und Groß-Gerau wurde der Polizeihauptmann verhängt und die Verwaltung unter die Kontrolle der Delegierten der hohen Interalliierten Rheinlandkommission in der Weise gestellt, wie es während des Krieges üblich war. Zwischen 9 Uhr abends 11 Uhr früh dürfen keine Versammlungen stattfinden. Verkehr ist bisher ungehindert, steht jedoch unter militärischer Kontrolle. Es erscheinen keine Zeitungen.

Darmstadt wurde Dienstag früh besetzt. Truppen der Reichswehr sind nach ihrem neuen Standort abgerückt. Die Reichspost und der Hof stehen unter französischer Kontrolle. Der Verkehr ist beschränkt: alle von Frankfurt einlaufenden Züge sind hier aufgehalten. Nur die Züge nach dem Ruhrgebiet, sowie nach Mainz und Worms verkehren noch. Auch der Odenwaldverkehr ruht. In einem Schlag des französischen Generals Degoutte stehen jedes Personal der Eisenbahn, der Telegraphie und Telephonie sowie das feste und bewegliche Material unter französischem Befehl und gelten als requiriert. Solange hat den Vorschriften der französischen Besatzung Folge zu leisten. Der Staatspräsident und der Reichserbkaiser erlassen einen Aufruf, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, die Ruhe zu bewahren. Der Staatspräsident hat gegen die Befestigung Protest eingelegt.

Darüber veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung der militärischen Operationen: Die gegen Frankfurt

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knapp.

8] (Nachdruck verboten.)

Sie hatte sich einwillen gerächt; aber die verzerrten Züge ihres marmorblassen Gesichts verkündeten Kampf bis zur Vernichtung.

Feldarbeiter fingen das Pferd ein, gingen dessen Spuren nach und sahen den „verkrüppelten Herrn“, hinkend einen Feldweg daherkommen. Er war bis auf eine Quetschung der Rippen und eine Verstauchung des Fußes unverletzt geblieben.

Nachdem Marie das Schloß verlassen hatte, schlich sie jaghaft der Dorfstraße zu. Gewaltig kämpfte sie ihre Tränen nieder, um nicht Gegenstand der Aufmerksamkeit zu werden. Denn es begehrte ihr manch einer, der sie nach dem Grunde ihrer Traurigkeit hätte fragen können. Und das wollte sie vermeiden. Tapfer unterdrückte sie den Schmerz über die herbe Enttäuschung in ihrem jungen Leben.

Was sollte nun werden? Sie hatte an solch hoffnungsloses Ergebnis ihres Wittanges nicht geglaubt, weil sie wußte, daß ihr Anliegen sehr leicht zu erfüllen war. Dieselbe Meinung hatte auch August gehabt. Und nun stand die trostlose Gewissheit fest, sie kamen nicht zusammen zur rechten Zeit. Sie durften nicht heiraten; das anständige Fräulein wollte es nicht zulassen.

Der Baron hätte vielleicht doch anders entschieden, denn sie konnte sich nicht vorstellen, daß er so hart gewesen wäre, eine Bitte abzuschlagen, die ihn nur ein einziges Wort kostete. Es fielen ihr auch jetzt alle die kleinen, häßlichen Züge wieder ein, die man sich unter dem Gutsgefinde von der Baroness gelegentlich erzählt, und die von ihr früher nie so recht gewürdigt worden waren, weil sie selber noch nicht unmittelbar darunter zu leiden gehabt hatte.

Wie manches Vorkommnis war besprochen worden, das von dem Stolz und der Herzlosigkeit der Baroness Zeugnis ablegte! Nun hatte auch sie, Marie, eine Probe davon zu kosten bekommen. Und sie schmeckte bitter, recht bitter.

Was würde ihr Vater zu alledem sagen? O, wenn sie doch nur eine Mutter als Beistand besessen hätte! Die hatte sie allzufrüh verloren — schon als siebenjähriges Mädchen. Nur ganz schwach konnte sie sich ihrer abgehärmten Gestalt erinnern.

Böhrnd überschritt sie die Schwelle des unansehnlichen Häuschens. Ohne ihren Vater anzusehen, machte sie ihm die Bestellung. Sie brachte vor einer Frage. Aber er fragte nicht nach dem Zwecke des Auftrags; er brachte ihn mit seiner eigenen Obliegenheit in Verbindung.

Als er bald darauf die Wohnung verließ, warf sich Marie auf das niedrige Bett, vergab ihr Gesicht in die rot karierten Kissen und schlachte ihren ganzen Kummer hinein. Wie fühlte sie jetzt ihr Unglück von neuem; wie trampfien sich ihre Hände, wenn sie an die kommende Zeit dachte! Sollte es wirklich keinen Ausweg geben? War es unumstößliche Gewissheit? Oder wäre es vielleicht möglich, daß August zu Martini eine andere Stelle annahm, ohne die vereinbarte Abkündigungsfrist einzuhalten? Aber wenn die Gutsherrschaft schon die Heirat verhindert hatte, würde sie da auf ihre vertraglichen Rechte verzichten? Und selbst wenn man dies annahm; würde August bereit sein, das Gut zu verlassen?

Lauter Zweifel, lauter ungelöste Fragen! Bange Gedanken stürmten auf sie ein, wie sie so das mit dem glanzlosen Bild in den Augen.

„Marie, Mäken, was ist das?“ hörte sie sich da von einer weissen Stimme angesprochen.

Ein altes runzeliges Mütterchen mit weissem Haar stand auf der Türschwelle. Sie sah halb neugierig, halb mitleidig auf die Weinende nieder. In ihren magern, faltigen Händen hielt sie einen knorrigen Stod. Ihre aus selbstgebleichtem Stoffe gefertigte Kleidung war mit unzähligen Fäden besetzt. Das schwammige Gesicht und die geröteten, triefenden Augen deuteten auf ein störrisches Leiden, das seine Ursache in der Einseitigkeit der Nahrung hatte.

Das war Hanne Ullmers, die Flurnachbarin des Gärtners.

Marie hatte sich aufgerichtet. Dastig trocknete sie ihre Tränen.

„Ja, hew Zähmweih, Fru Hann“, gab sie verlegen zur Antwort.

„Du läßt, mien Döchtling, du läßt“, sprach die Greisin. „Mit laßt nig vörmaken, bin söwenunförmig. Aee, nee, da sitt wat anners hinner as Zähmweih. Du Robren kümmt nicht ut Mul, dat kümmt ut'm Gatten. Mit di is wat passiert, Mäken, dat seih id di an!“

„Sei hewwen recht, Hann“, gestand Marie. „Gott!“

„Nu spred di man ut, Marie. Dat givt freie Bäl un floren Verstand“, ermunterte sie die Alte teilnehmend.

„Sei will uns nich friegen laten“, stieß Marie klagend hervor.

„Sei?“

„Jo!“

„Wer will di denn friegen?“

„August, der Kutscher.“

„Das Gesicht der Alten wurde noch mitleidiger.“

„Sei is so noch nich Seidat weh, Mäken, du kannst ion jung Mänsch all an Friegerie denken.“

„Dat is nich so schlimm, Fru Hann, hei brukt nu 'n half Joer bei 't Militär sin — beim Träng — dann kümmt hei schon wedder t'rügg.“

„Na, dann lat'n min ierst t'rügg kumen. 't is schon bäter. Oder „mößt“ du friegen?“

Die Alte trat näher an sie heran, legte ihre mageren Arme um ihre Schultern und sa ihr liebend in die Augen.

„Jo, id möt“, wimmerte Marie leise.

„Dat is denn schlimm, sehr schlimm. Wenn „Sei“ nich will, will „hei“ of nich.“

Frau Hanne schüttelte traurig den Kopf, wobei ihr einige Tränen aus den entzündeten Augen rollten.

Büßlich erhob sie den entnervten Stod drohend in der Richtung nach dem Schlosse.

„Wat hast du nich schon vör Dewermot utdaut mit u's arme Bäl, du entsamst Biew du! Von Klein an! Aber täm man. 't kümmt of vör di ne Stunn der Begeltung. So wahr as Gott im Himmel lewt, 't kümmt ne Tied, wo a lle dien Sänn'n gegen di upstahn werden.“

(Fortsetzung folgt.)

ist, so
Regierung
er gezeig
gegründ
die B
ung, das
habe ja
Einfluss
einer Be
auch so
Trenn
der Ein
Verleug
durch m
eine m
Das ist
schon
Regierung
ber die
nungen
berenden
lung ein
ed und
nur im
werden
besonder
französi
nähmgen
politische
Die deut
französi
ung ein
zu sein
sei kein
das das
es Fried
sch.
M. ein
und
Belager
he Bonn
Die zu
iten je
riesen
verhäng
portiert
Biesbad
Lange
Belager
die Am
Rheinla
tend die
abends
ntfinden
der milit
besten
neuen
d der
Der Zug
dem Jap
ber
verlehen
In einem
sien
phie und
Material
rt. Das
Befehl
der Ober
der Ver
Staat
egt.
Mitteilung
Frankfurt
ie verleg
sprach
inswiew
weid. So
im Ham
ant!
rie. Die
freie
teilnahm
teig
mit
die vor
ten." m
brutt
Träns
E is
ihre m
lieb
enn
wobei
iten.
roßend
tänzt
klein
der
t küm
werden
folgt.)

Darmstadt vorgesehene militärische Operation hat in den ersten Morgenstunden des 6. April begonnen. Die Truppen des 30. Korps, die daran teilnahmen, stießen auf heftigen Widerstand. Die Einschließung der beiden Städte teilsweise gescheitert. Die Befestigung der wichtigsten Punkte an der Peripherie war um 5 Uhr nachmittags gesichert. Unsere Kavallerie besetzte nachmittags Hanau, das kurz vorher von vollen deutschen Truppen geräumt worden war. Ein Bataillon der deutschen Sicherheitspolizei wurde in einer Kaserne in Frankfurt überbracht und entwaffnet.

Die beim Einmarsch der Franzosen in Frankfurt noch nicht abgerückte und entwaffnete Abteilung Sicherheitswehr, bestehend aus hundert Mann, wurden unter harter Bedeckung in das Lager Griesheim übergeführt.

Die französische Regierung.

Paris meldet: Die Regierung setzte den auswärtigen Vertretern ihre Haltung gegenüber Deutschland in der Frage der Befestigung des Ruhrbeckens auseinander. Wollte man die wirtschaftlichen Verbindungen wieder aufnehmen. Er verkenne nicht, aber Deutschland — so führte er aus — brach die gebietlichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles, indem es dem Druck der militärischen Partei nachgab. Die Nachrichten, die wir erhalten, machen die militärische Intervention im Ruhrbecken. Diese bedeutet die schwerste Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung des Industriegebietes. Die Nichterfüllung der Forderungen bezüglich der Entwaffnung und Auslieferung von Munition erlaubte allein den Widerstand der Roten Armee. Die Artikel 42 und 44 des Vertrages stellen den unumgänglichen notwendigen Schutz Frankreichs dar. Der englisch-amerikanische Garantievertrag sieht im Falle der Nichterfüllung den casus foederis vor. Das schnelle Vorgehen im Ruhrgebiet zwingt also die Regierung, die militärischen Maßnahmen ins Auge zu fassen, die den Charakter von Vorsichtsmaßnahmen tragen. Das Schreiben, das an die französischen Vertreter im Auslande bezüglich der Ereignisse im Ruhrbecken gerichtet wurde, ist genau umschrieben und einschließen, versöhnend und würdig.

Die Franzosen.

Paris meldet: Der Vortrags der französischen Truppen verbleibt in Berlin sowie in ganz Deutschland seine Wirkung nicht. Man weiß dort, daß Frankreich gesonnen ist, die härtesten Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Vertrag von Versailles nicht ausgeführt wird. In Frankreich hat diese Art von Entschlossenheit Millierands einstimmige Billigung gefunden. Hätte der französische Staat die Vergewaltigung einer der Hauptklauseln des Vertrages gebildet, so hätte er gleichzeitig auf sämtliche Garantien und Wiedergutmachungen, auf die er ein Recht hat verzichtet. Am 10. April läuft der Vertrag vom 9. Aug. 1919 ab, der Deutschland erlaubt, eine gewisse Truppenzahl in der neutralen Zone zu halten. In vier Tagen also müssen sämtliche deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. An diese Bedingung erinnert Millierand gegen Rayer in einem Schreiben und erklärt, daß die Ausführung desselben auf das schärfste überwacht wird.

Französische Stimmen.

Der Temps vergleicht das Vorgehen der Reichswehr im Ruhrgebiet mit dem Aufmarsch von 1914. Wie damals, gelte auch jetzt das Wort Schlieffens: „Wacht mit nur den rechten Flügel stark! und wie damals sei den Deutschen der Versailler Vertrag nichts als ein Papiertypus.“ Die deutsche Regierung, sagt das Blatt, folgt immer noch denselben Ueberlieferungen und derselben Rasse. Die preussischen Militärs bereiten die Nevada von 1920 vor, wie sie den Krieg von 1914 vorbereitet haben. Die Zahl an der Ruhr ist nur die erste Etappe; sie soll das durch Rapp und Kuntz verloren gegangene Auesen der Parteien der Rechten wieder herstellen; sie soll dem Wahlkampf als Oberstufe dienen; sie soll beweisen, daß Vertragsbestimmungen die deutsche Armee nicht aufzuhalten vermögen. Im übrigen hat das Vorgehen der Franzosen nur den einen Zweck, von Deutschland die Achtung der Artikel 42-44 des Friedensvertrages zu erzwingen.

Allelei Nachrichten.

Deutsch-russischer Gefangenenaustausch.

Zur Mitteilung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene haben die ersten 1410 deutscher Kriegsgefangenen am 31. März d. J. Wladivostok verlassen. Sie stammen aus den Lagern Pernojarssk, Nikolsk, Krasnodar und Krasnojarsk und fahren nach Hamburg.

Deutschlands Waffenbestände.

Ein Reuters Telegramm hatte behauptet, daß die internationalisierte Kommission in der Umgegend Berlins allein 3500 leichte Feldgeschütze gefunden habe während insgesamt 12000 Geschütze und 6000 gebrauchsfertige Flugzeuge in Deutschland entdeckt worden seien. Jetzt muß der Berliner Berichterstatter der Times zugeben, daß die Meldung unrichtig war, da Reuters die der Kommission abgelieferten Geschütze und Fahrzeuge gezählt habe. Es sei nichts darüber bekannt, daß die Kommission außerdem noch verborgene Waffen entdeckt habe.

Die Schiedsbücher der Kriegsgesellschaft.

Eine Viertelmillion unterschlagen.

In Berlin ist der achtzehnjährige Naturist Kurt Meißner aus der Egenersstraße wegen großer Schiedsbücher mit zwei Freunden verhaftet worden. Sein Geheimnis, ungeheuerlich in seinen Einzelheiten, ist nur ein Teil unserer Zeit: er kam mit seinem Gehalt nicht aus und bat um Vorschüsse; sie wurden abgelehnt. Aber er brauchte Geld, unbedingt, und da kam er auf den Gedanken, sich selbst Schieds auszusprechen. Das war gar nicht schwer. Bei der Kriegsgesellschaft lagen die Schiedsbücher herum; er rief zunächst ein paar Formulare heraus, und niemand merkte es. Aber um die Sache sicher zu machen, holte er sich ein paar Freunde heran. Mit einem Freunde, Hans Zehn, der als Banklehrling schon einmal 3200 Mark unterschlagen und dann mit ihm eine Reise ins Riesengebirge gemacht hatte, und einem zweiten, einem Rautmanns Erich Friedrich, haben sie die Fälschungen realisiert. Schön, als „Bankfachmann“, füllte die Summe aus, Meißner füllte die Unterschriften der Vorgesetzten. Die Schieds wurden anstandslos eingelöst: nach

und nach haben sie drei 250 000 Mark ab. Und man lebte zeitgemäß: schaffte sich Freundinnen an, bevörlerte die Kneipanten des Besessens, ließ sich in der Moskwastraße als reiche Kriegsgewinnlerin feiern.

Schließlich wurde die Bank (nicht etwa die Gesellschaft), aufmerksam, und die Gesellschaft entließ — den Profuturisten. Meißner sah ruhig zu, wie der alte Beamte sein Brot verlor. Er beschaffte sich ein ganzes Schiedsbuch. Auch das wurde nicht gemerkt! Dann kündigte Meißner seine Stellung zum 1. April; er gedachte noch einen letzten, großen Schlag zu tun und sich dann ganz vom Geschäft zurückzuziehen. Man stellte einen Schied über 250 000 Mark aus und ließ ihn abheben. Aber diesmal ging die Sache schief. Die Bank (nicht etwa die Gesellschaft) schöpfte Verdacht und ließ den Erheber des Geldes festnehmen.

Der Verlust der Kriegsgesellschaft dürfte endgültig sein; wer ihn als letztes Opfer trägt, bleibt eine offene Frage. Aber die Untersuchung dieses Falles sollte, nach gesundem Menschenverstand, auch auf die Geschäftsführung der Gesellschaft ausgedehnt werden. Wenn auch moralische Mitschuld strafrechtlich nicht zu erfassen ist.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen um Anweisung an die Gemeindebehörden gebeten, alle Vorkehrungen für sofortige Aufstellung der Wählerlisten für den Reichstag zu treffen, so daß die Wählerlisten Ende Mai fertiggestellt sind.

New York. Der Korrespondent der „Associated Press“ in Wladivostok telegraphiert: Die japanischen Truppen sind nach achtstündigem schweren Kampfe in Wladivostok eingerückt.



Gullmann

Damen-Modell
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge
Hamburg, Schanzen 10

Kofales und Provinzielles.

Schierstein, den 8. April 1920.

Silberhochzeit. Die Eheleute Karl Haubiger und Frau begingen gestern die Feier ihrer silbernen Hochzeit.

Turnerisches. Die erste Schlagballmannschaft der hiesigen Turngemeinde konnte am zweiten Osterfeiertag gegen die gleiche Mannschaft der Tgd. Rudesheim nach überlegenem Spiel mit 101:32 Punkten gewinnen. Auch im Faustballspiel, das sehr unter der schlechten Witterung und dem aufgeweichten Boden zu leiden hatte, mußten sich die Rudesheimer mit 59:36 Punkten als geschlagen bekennen. Es ist zu erwarten, daß die hiesige Mannschaft auch bei den kommenden Gauwettkämpfen gut vertreten ist, und wird es den anderen Vereinen schwer halten, den Bismarckspilz, der jetzt schon dreimal von der Turngemeinde errungen wurde, in ihre Hand zu bekommen.

Ziegenzuchtverein Schierstein. An der am Samstag, den 27. März, stattgefundenen Hauptversammlung haben 40 Mitglieder teilgenommen. Der Vorsitzende berichtete über die Tätigkeit des Vereins, sowie über die im Laufe des Jahres abgehaltenen Vorstands- und Kommissionsitzungen, sowie über die im Sommer stattgefundenen Ziegenjagd, die einen guten und für den Verein vorteilhaften Verlauf genommen habe. Er berichtete weiter über die Futtermittelfrage und stellte zum Schluß seiner Ausführungen fest, daß der Verein in jeder Hinsicht Fortschritte zu verzeichnen habe. Aus dem Bericht des Rechners ging hervor, daß die Einnahmen Mt. 5326,79, die Ausgaben Mt. 4911,91 betrug, so daß ein Kassenbestand von Mt. 414,88 verbleibt. Die Mitgliederzahl ist von 141 auf 154 gewachsen. Nach dem Bericht der Rechnungsprüfungskommission wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden neu bezw. wiedergewählt: Herr Christian Borstel, 2. Vorsitzender, H. Wintermeier, Schriftführer und Georg Rieth, Beisitzer. In die Kontrollkommission wurde wiedergewählt bezw. neu: A. Herbold, H. Werner, G. Rieth, H. Schröder, G. Stritter, Ed. Sommer. Als Vorsitzender dieser Kommission wam Herbold. Zu Rechnungsprüfer wurde gewählt Ed. Seipel, Ludwig Weiß, G. Schröder. Sodann wurden die Anteilscheine gezogen. Ferner wurde eine Kommission gewählt, welche die Ausladung von Waggons zu übernehmen hat und zwar G. Birt, Ed. Seipel, Christian Borstel, Gustav Moos. Bei Bestellung von Futtermitteln soll in Zukunft ein Teil des Betrages (2/3) angezahlt werden. In nächster Zeit soll hier ein Vortrag gehalten werden über Tierzucht (Züchtung, Aufzucht der Jungtiere etc.), an dem sich besonders auch die Frauen beteiligen mögen. Ueber die Abgabe der Ziegen entstand eine lebhafteste Debatte. Es wurde lebhaft beklagt, daß hier so viel Tiere abgegeben werden mußten und zwar ausschließlich von kleinen Besitzern, während die größeren gar nicht in Anspruch genommen wurden. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß diese ihre Abgabe nicht richtig gemacht hätten, weshalb an höherer Stelle das weitere veranlaßt werden soll. Weiter konnte mitgeteilt werden, daß seitens der Kreisbehörde geplant ist, ein Verband der Ziegenzuchtvereine im Kreis zu bilden und auch hierdurch Mittel und Wege zu finden um Futtermittel zu beschaffen.

Für und gegen kinderlose Ehen wird zu allen Zeiten viel geschrieben und gesprochen. Während der Kriegsjahre nahm bekanntlich — anscheinend schon mit Rücksicht auf künftige Kriege, denn man war in dieser Hinsicht sehr vorsorglich — die sogenannte Bevölkerungs-

politik nahezu ausdringliche Formen an. Auch jetzt, nach Kriegsschluß, wird von vielen Seiten Deutschlands künftiges Heil und Wiederaufblühen von der Geburtenzahl abhängig gemacht. Es fragt sich, ob diese Beweisführung immer eine zutreffende ist. Notorische Tatsache ist, daß wirtlich des Verlustes von 2 1/2 Millionen bester Arbeitskräfte im Kriege auch jetzt noch immer ein großes Heer Arbeitslose haben. Tatsache ist ferner, daß unter den heutigen Verhältnissen die Geburt eines Kindes an Arzt-, Entbindungs- und Anschaffungskosten für den kleinen Mann fast ein Viertel seines Jahreseinkommens bedeutet. Mancher muß sich in Schulden stürzen, um seinem Kinde den Eintritt in die Welt zu ermöglichen. Berücksichtigt man diese Gegenstände, zu denen eventuell noch die Ueberzeugung des Vaters hinzutritt, daß durch die Geburt seines Kindes nur die Schar der vom Schicksal Entertien um ein weiteres Exemplar vermehrt wird, dann kann man es vielen Eltern nicht verübeln, wenn sie in der Frage des Kinderjagens sich eine weise Beschränkung auferlegen. Glaubt ein Staat, starken Kinderachwus verlangen zu müssen, dann soll er auch dafür sorgen, daß die Eltern diese ihre Kinder ernähren können und daß später Arbeit und Fortkommen für sie geschaffen ist.

Sicherung gegen Paketverlust. Die Vorschrift der Postordnung, in die Pakete obenauf eine zweite Aufschrift zu legen, wird, wie die Erfahrung lehrt, nicht genügend beachtet. Zahlreiche Pakete, deren Aufschrift durch irgendwelche Zufälle während der Postbeförderung verloren gegangen ist, können dem Empfänger erst nach zeitraubender Ermittlung, vielfach überhaupt nicht zugeführt werden. Es empfiehlt sich deshalb Beachtung der Vorschrift.

Die Laufbahn bei der Reichsbank. Die Laufbahn der Reichsbank-Beamten ist dahin geändert, daß für den mittleren Dienst nicht mehr die Reife für die Prima eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule, sondern nur noch die Reife für die Obersekunda dieser Schulen verlangt wird. Jedem Beamten wird ermöglicht, nach Nachweisung der Befähigung und nach Bewährung im Dienste auch in die höheren Stellen aufzusteigen. Die sonstigen Vorbedingungen für den Eintritt bei der Reichsbank sind die gleichen geblieben, namentlich, daß der Bewerber in einem Bank- oder in einem anderen namhaften Handlungshause mindestens 3 1/2 Jahre kaufmännisch tätig gewesen sein muß und bei der Einberufung nicht über 26 Jahre oder, wenn er seiner Militärpflicht genügt hat, nicht über 27 Jahre alt sein darf. Kriegsteilnehmer können um die Dauer der Kriegsdienstzeit älter sein. Den jungen Kaufleuten bietet sich somit die Gelegenheit zum Eintritt in einen Beruf, der — besonders nach der in Kürze zum Abschluß gelangenden Personalsreform — ein ausreichendes Auskommen gewährleistet wird. Die Gelegenheit ist um so günstiger, als die Bewerber zurzeit Aussicht auf sofortige Einstellung haben. Bewerbungen sind an den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums in Berlin zu richten.

Handel und Verkehr.

Rückwirkung der Unruhen auf die Industrie. Neue Unruhe und Verwirrung ist über das deutsche Wirtschaftsleben gekommen. Die Nachwirkungen des Generalstreiks äußern sich in einer Verschärfung der Kohlen- und Verkehrsbeschwerden. Die Wirren im Ruhrgebiet haben die Produktionsfähigkeit eines der wichtigsten Industriegebiete stark beeinträchtigt. Der „Rud nach links“, den das Rapp-Abenteuer zur Folge hatte, ruft in den Kreisen der Industrie Besorgungen hervor, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in den Betrieben künftighin in einem Umfang erhöht wird, der für die gerade jetzt so notwendige ruhige Entwicklung und für die rationelle Hebung der Produktion kaum förderlich sein wird. Die Bestrebungen für eine Verlängerung der Arbeitszeit durch Tarifverträge, die gerade in ein günstiges Fahrwasser geraten waren, dürfen vorerst durchkreuzt sein. Unruhe ruft in der Industrie auch die Ungewißheit der Preisentwicklung hervor. In einzelnen Industrien zeigt sich im Zusammenhange hiermit eine ausgesprochene Zurückhaltung der Abnehmer. In den Rohstoffindustrien streben allerdings die Preise weiter nach oben, da auch die Lohnkurve nach oben weist und da die Ankündigung neuer Kohlenpreiserhöhungen notwendigerweise Preissteigerungen auch bei den Fabrikaten zur Folge haben muß. Eine gewisse Anregung erhofft man demgegenüber von der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Amerika, wie überhaupt in Industriezweigen die Beobachtung gemacht wird, daß trotz der Ungewißheit der innerpolitischen Lage sich die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen leichter vollzieht, als vielfach befürchtet worden war.

Bermischtes.

Wie alt werden die Fische? Ueber das Alter der Fische finden wir in einer schwedischen Zeitung einige Angaben, die wir auszusprechen hier übertragen. In der Nordsee wurde kürzlich eine 20jährige Rotzunge gefangen. Sie war schon vor 16 Jahren einem Fischer ins Netz gegangen, damals aber wieder mit einem Zettel in Freiheit gesetzt worden. Der Fisch mit dem längsten Leben wird wohl der Karpfen sein, von denen es manche angeblich bis zu 200 Jahren bringen. In Plymouth wird ein Kal gezeigt, der 40 Jahre alt ist. Der berühmteste aller Fische dürfte ein alter Hai sein, der im Pelorus Sund nahe Neuseeland seine Wohnstätte hat und noch jedes Fahrzeug glücklich durch den Sund wie ein Laß fahrt. Er heißt deshalb mit seinem Spitznamen Pelorus Jock. Und was wohl noch keinem Fisch, selbst den vielgeehrten Wuraun der römischen Kaiser, an Ehre zuteil wurde, das widerfuhr Pelorus Jock, wenn er auch nichts davon erfuhr. Nach 30jährigem Pilotendienst wurde ihm 1904 durch Parlamentsbeschluss ein besonderer Schutz zuerkannt.

Die Schwester des Jaren. Wie aus Konstantinopel geschrieben wird, traf dort dieser Tage eine Totgeplante mit ihrem Gatten, ein, die Großfürstin Olga Alexandrowna, die jüngste Schwester des russischen Jaren Nikolaus 2. Sie war 1882 geboren und 1901 mit dem Herzog Peter von Oldenburg vermählt, der einer Seitenlinie des bekannten deutschen Fürstenhauses entstammt, welches ohnedies bekanntlich vielfach verwandtschaftlich mit dem

Zarenhaus verbunden war. Kurz bevor die Woiwoden nach Noworossisk vordringen konnten, wurde vom roten Kreuz auf einer teilweise zerstörten Eisenbahnlinie ein einzelner Eisenbahnwagen gefunden, der als Wohnraum für mehrere Flüchtlingsfamilien hergerichtet war und allem Anschein nach diesem Zwecke schon längere Zeit gedient hatte. Die Flüchtlinge befanden sich in bitterster Not. Es war höchste Zeit, daß sich das rote Kreuz ihrer annahm. Unter diesen Flüchtlingen befand sich die Großfürstin mit ihrem Gemahl. Sie reisten nun, da ein anderer Weg nicht offen stand, über Konstantinopel und wollten ihren künftigen Wohnsitz in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen nehmen.

Die weiblichen Schiffe. Es hat seinerzeit einige Klammern bei den Sprachreinigungsfreunden erweckt, als die großen Ozeandampfer, wenn sie vom Stapel liefen, stets „weiblich“ angesprochen wurden („die“ Vaterland u. s. w.). Der Grund ist aber nicht eine Nachahmung britischer Sitten, sondern wurzelt in einem uralten Aberglauben der Seeleute, die eben ihr Schiff für ein Weib halten, das lebendig ist. Noch heute findet sich der Aberglaube, daß das Schiff Augen braucht, um seinen Weg zu finden; der Chinese malt sie lebhaftig vorn auf, und die Böcher unserer Ankerketten gemahnen lebhaft an die Augenform; die Gallionsfigur tut das ihre, die Ritterlichkeit des Seemanns, die sprichwörtlich geworden, ebenfalls; und so ist das Schiff die heimliche Braut des Seemanns, wie das Gewehr die Braut des Soldaten genannt wird.

Geisteskrankheiten infolge der Feuerung? Wie aus London geschrieben wird, machen die britischen Ärzte jetzt die Beobachtung, daß gewisse Arten von Geisteskrankheiten sich jetzt unter stets gleichbleibenden Begleitumständen häufen. Diese Geisteskrankheit ist auch eine der zahllosen häßlichen Folgen des Krieges; ihre Ursache geht auf die gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zurück, in die sich eben manche Leute nicht zu schicken in der Lage sind. Die britischen Ärzte nennen diese Krankheit daher bezeichnend: „Feuerungsgeisteskrankheit“; der Ausdruck hat sich genau so eingebürgert wie etwa während des Krieges das Wort Kriegsneurose. Von der Feuerungsneurose werden vor allem Frauen des bürgerlichen Mittelstandes befallen, sobald der tägliche Kummer über den Lebensunterhalt und die Unmöglichkeit, das Einkommen zu steigern, krankhafte Formen annimmt. (In Deutschland ist diese Art Geistesverfassung oder Einestörung, zumeist mit Schizophrenie beginnend, nicht minder häufig unter Pensionären und Kleintrentnern männlichen Geschlechts anzutreffen. D. Schriffl.) Die endgültige Erkrankung äußert sich zumeist in Apathie (Stumpfheit) und wiederholten Selbstmordversuchen. In einer einzigen britischen Irrenanstalt sollen sich nach Aussage des Leiters nicht weniger als 60 Fälle befinden, die kaum eingeliefert worden wären, wenn nicht die Sorge ums tägliche Brot und der Stroll über die fortgesetzte Feuerung den Sinn der Kranken umnachtet hätte. (Diese Krankheitsercheinungen treten natürlich in allen Ländern auf; aber die englischen Ärzte sind die ersten, die sich wissenschaftlich damit befassen und auf Mittel zu ihrer besonderen Heilung suchen. D. Schriffl.)

Nicht jeder stiehlt. Das von Stefan Grohmann herausgegebene „Tagebuch“ erzählt die folgende zeitlose Geschichte: Tatsachen trösteten mehr als Gedanken. Am 5. März mittags ist einer alten Dame in einem Hause auf dem Bayerischen Platz in Berlin-Schöneberg eine Ledermappe mit 24 000 Mark entziffen worden. Zwei Räuber waren der alten Frau von dem Bankgeschäft bis zu ihrer Wohnung nachgeschlichen. Auf der Treppe entziehen sie ihr die Mappe und rennen davon. Die alte Dame, beherzt, um ihr Geld besorgt, stürzt den Räubern schreiend nach. Sofort entsteht auf dem Bayerischen Platz Hallo, Geschrei, Gekröse. Der Räuber mit der Ledertasche bahnt sich mit einem Revolver Bahn. Doch schon sind seine Verfolger hinter ihm. Da öffnet er die Ledermappe und freut die Tausendmarkscheine unter die Leute. Die Verfolger stürzen über die braunen Lappen. . . . Indes, trotz Schießens wird der Spieghube vom Polizisten festgehalten und ins Gefängnis gebracht. Dort untersucht man ihn. Er hat von den 24 000 Mark nur mehr 8000 Mark bei sich. Nun denkt die Frau, die restlichen 16 000 Mark sind verloren. Der Dieb hat seine Verfolger zu bestechen versucht und er hat sich über das innere Wesen des Berliner von 1920 nicht getäuscht. . . . So denkt die alte Frau und klagt im Morgenblatt der „Börsen Zeitung“. Aber schon am Abend muß die „Börsen Zeitung“ bekennen, daß ihre misanthropische Auffassung vom Berliner Menschenbild 1920 nicht berechtigt war. Der alten Frau sind von den 16 000 Mark, die der Räuber seinen Verfolgern zuwarf, 15 000 Mark zurückgestellt worden. Die Leute, die sich um die Scheine balgten, sind nicht zu Dieben geworden. Sie haben die Banknoten im Polizeirevier abgeliefert. Nur ein einziger Tausendmarkschein fehlte, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Schein vom Wind vertrieben worden, wahrscheinlich in eine Kellerrunde verfliegen ist. Freilich geschah dies alles bei hellem Licht, am Mittag, auf dem Bayerischen Platz. Einer sah dem anderen auf die Finger. Auch unterlag der einzelne der spontanen Massensuggestion zugunsten der Beträubten. Immerhin, der Tatbestand erquid, noch sind nicht alle Diebe.

Amerikanische Reklamekosten. Ein amerikanischer Statistiker rechnete kürzlich aus, daß in den Vereinigten Staaten alljährlich jezt die Riesensumme von 800 Millionen Dollar (das ist rund 3½ Milliarden Goldmark) allein für Reklame ausgegeben werden; gegen 500 Millionen Dollar vor dem Kriege. Die Ausdehnung und Vergrößerung der Reklame geht natürlich Hand in Hand mit der des Handels und der Industrie. Eine der ältesten amerikanischen Firmen, das Handelshaus Fairbank u. Co. hatte bereits vor dem Bürgerkrieg die damals nicht gering bekannte Summe von 30 000 Dollar alljährlich für Werbefolien ausgegeben. Heute ist dieser Ausgabeposten bei derselben Firma verfunfzigfach worden; sie zahlt 750 000 Dollar und keinem Menschen fällt es mehr ein, dies wunderbar und staunenswert zu finden. Allein die Zeitungsreklame der großen New Yorker Warenhäuser übersteigt jährlich 4 Millionen Dollars (17 Millionen Goldmark). — Vornehmlich in Chicago wird die Werbung von umfangreichen Preisverzeichnissen als Werbung betrieben. Eine große Druckeri in Chicago stellte kürzlich einen solchen Katalog her, der 1200 dreigeheftete Seiten stark war, und 4 Pfund wog. Sie übernahm auch noch für ihre Auftraggeberin, ein großes Kaufhaus, die

Verendung der Preissitte und rechte für alles eine Reduktion von 640 000 Dollar (nahezu 3 Millionen Goldmark) ein. Denselben Auftrag gibt das Warenhaus jedes Jahr und hunderte anderer Chicagoer Firmen ebenfalls heraus. Daß daneben die Wände, Strecken und natürlich die Zeitungsreklame nicht vernachlässigt wird, versteht sich am Rande. Die Summe, die der Statistiker Dr. Bisby nennt wird daher wohl kaum Uebertreibung genannt werden dürfen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen.

Auf Grund der Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919 (Preuß. Gef. S. S. 187 ff) wird im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Mietminderungsamts und nach Anhörung eines Sachverständigenausschusses durch Beschluß vom 26. Februar 1920 die Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen von Mieträumen für den Gemeindebezirk Schierstein auf 18% des Mietzinses vom 1. Juli 1914 festgesetzt.

Vorstehender Beschluß ist mit der unter dem 31. März ds. Js. erteilten Genehmigung der Aufsichtsbehörde in Kraft getreten.

Betr. Ausgabe von Corned-Beef und Speck.

Am Samstag kommt in den Metzgereien Corned-Beef und Speck zur Ausgabe.

Als verloren ist gemeldet:

Ein Buch und eine weiße wollene Mütze.

Abzugeben gegen Belohnung auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 7. April 1920.

Der com. Bürgermeister: Rößels.

Ein gut erhaltenes Klavier

Marke J. P. Schiedmayer, zu verkaufen. Zu erfragen in der Althandlung Mayer, Mainzerstraße 15.

Piano

en très bon état, marque J. P. Schiedmayer à vendre. S'adresser à la maison Mayer, Mainzerstrasse 15.

Fräulein

für einfache Büroarbeiten sofort gesucht. Angebote mit Gehaltsanspr. unter F. D. die an Schiersteiner Zeitung.

Bekanntmachung.

Die bahnamtlichen Rollgebühren be-
tragen fortan in Schierstein:

- a) für je angef. 50 kg Eil- und Frachtstückg. — 70 Pfg.
- b) für je angef. 50 kg beschleunigte ab-
zurosende verderbl. Stückgüter — 100 Pfg.

Wiesbaden, 3. April 1920.

Eisenbahn-Verkehrsamt.

Herrenanzug

(Freiendsware) u. 2 Knaben-
anzüge, 3-4 Jahre, preis-
wert abzugeben.

Mittelstr. 1, 1. St.

Ein Paar Knabenstiefel,

Größe 39-40, zu verkaufen.
Nab. in der Geschäftsstelle.

Alfter

zu verkaufen. Zu erfragen in
der Geschäftsstelle.

Wer gibt für ein
12 jähriges Mädchen,
d.hiesigen Volksschule
Nachhilfestunden

Zu erfragen in der Schiersteiner
Zeitung.

**Karbid,
Karbid-Lampen,
Kaffeeöster, Gaslampen,
Brenner, Zpl., Glühkörper,
Gaskocher und Schläuche,
Brat- u. Badhauben, Bade-
wannen, Zapfhähne, Gas-
und Wasserhähne zu ver-
kaufen.**

Krause, Wiesbaden,
Welltrichstraße 10.

Stempel sowie
Gravierungen
liefert Niemand schneller
als die

Rhein. Stempelfabrik.
Wiesbaden, Kirchgasse 7,
Telefon 3765.

Hochfeine, frische

Obstmarmelade

Pfund 3.70 Mt.

empfiehlt

Jean Wenz.

**Verkauf v. Villen, Bohn- u. Geschäftshäusern,
Grundstücken, Landgütern, kl. Landw. Betriebe,
Industriebetrieben und Landhäusern m. g.
Garten in Wiesbaden u. weiterer Umgebung
(Rheingau, Taunus bis Frankfurt a. M.)
vermittelt schnell und streng reell.
Grundstücks-Markt G. m. b. H. Wies-
baden, Schwalbacherstr. 4, Tel. 5384**

Kaufe Altmaterial

Pumpen, gestrickt. Wollumpen, Papier zum Einwickeln
und Zeitungen, Metall gef. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenenstr. 12
Telefon 1832.

Dankfagung.

Für die uns anlässlich unserer silbernen
Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit und über-
mittelten Glückwünsche sagen wir hiermit unseren
innigsten Dank.

Karl Haubiger und Frau.

Holzversteigerungen.

In den Distrikten 12, 13, 19b, 20c des hiesigen
meindewaldes wird folgendes Holz versteigert:

1. Brennholz

am Samstag, den 10. April cr. 9 Uhr

Eichen 500 Wellen
Buchen 6500 "
Weichholz 4000 "
Nadelholz 53 rm. Scheit & Knüppel
15 Stangen III. 125 IV. 2500 V & VI

2. Nutzholz

am Mittwoch, den 11. April, cr. 9 Uhr

Eichen 27 Stämme mit 16.94 fm.
Buchen 6 Stämme mit 4.14 fm. 5 St. I Cl., 8 St. II Cl.
Birken 210 Stangen I, 95 II Cl.
Nadelholz 69 Stämme mit 47.15 fm. 5 St. I Cl.

Die Versteigerungen finden nur für hiesige Einwohner
statt.

Bezüglich Brennholz muß zunächst der Bedarf
Familien gedeckt werden, ehe weiterer Verkauf statthaft
tann.

11 Glücklose für 10 Mark

11 Lehrerheim-Loose 135 000 M. Gewinn. 10 M.
Kriegsgef.-Geldlose 1 Million M. Gewinn. 5 M.
25 Ueberseezigaretten 3 Proben 22.50 25.—
30 —, 37.50 Mt. 100 Zigaretten 20.—, 30.—
40.—, 50.— Mt. Sonderangebot für die Leser
der „Schiersteiner Zeitung“ bei Bezugnahme
auf diese Anzeige.

J. Staßen, Geogr. Wiesbaden, nur
1875. 7 Welltrichstraße 7

Die Tuberkulose

hat infolge des Krieges erschreckend zugenommen. Jeder vermag sich nur dann vor
gefährlichen Seuche zu schützen, wenn er über die Entstehung und das Wesen der
heilsübertragung Bescheid weiß. Hierüber Aufklärung bietet die

Ausstellung des Tuberkulose-Wandermuseums

des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose
in Wiesbaden

in der Turnhalle des Lizeums I am Schloßplatz, Eingang Mühlstraße
vom 6. bis 19. April 1920.

Besuchszeit täglich (auch Sonntags) vormittags von 10-1 Uhr
Eintrittsgeld von 1.— Mt., nachmittags von 3-7 Uhr unentgeltlich.
Nützliche Führung durch die Ausstellung täglich um 5 Uhr nachmittags.
Kommt und besichtigt die Ausstellung.

Der Vorstand d. Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose im Regierungsbezirk Wiesbaden